

Schlechte Nachrichten für die Koalition



Rund 300 Menschen demonstrierten am Donnerstag für den Neubau der Heckfeldbrücke, die wegen Baufälligkeit gesperrt werden musste.



BURKHARD GIESEN

Rund 300 Menschen machen vor dem Rathaus Druck für den schnellen Ersatz der gesperrten Heckfeldbrücke. UWG und CDU müssen am Donnerstag überraschend Rückschläge bei ihrer bisherigen Strategie hinnehmen.

JÜLICH Während vor dem Rathaus rund 300 Menschen für den im Wahlkampf versprochenen Neubau der Heckfeldbrücke demonstrierten, musste im Rathaus die Koalition aus CDU und UWG-Jül in der Ratssitzung am Donnerstag zur Kenntnis nehmen, dass sie mit ihrer Marschrichtung bei dem Thema gescheitert ist.

Im März war es, als die Koalition gegen erhebliche Bedenken aus Reihen von SPD und Grünen dafür votierte, die Heckfeldbrücke und eine neue Freibadbrücke „als Verbundobjekt“ zu planen und „die Planungen zeitlich und inhaltlich so zu koordinieren, dass Synergien in Planung, Vergabe und Bauausführung genutzt werden“ können. Damit hatten beide Fraktionen die Beschlusslage des Rates, für einen schnellstmöglichen Ersatz zu sorgen, aufgehoben. Der Vorwurf von SPD und Grünen: Man wolle den Neubau verzögern. Dem hatten die beiden Fraktionsvorsitzenden Frank Radermacher (CDU) und

Heinz Frey (UWG-Jül) deutlich widersprochen. Gleichzeitig hatten die Fraktionen keine städtischen Gelder mehr für den Brückenneubau bewilligt, sondern auf die Fördermittel für Infrastrukturmaßnahmen verwiesen, die der Bund der Stadt zur Verfügung gestellt hat.

Umso bemerkenswerter ist es, dass die Verwaltung ein halbes Jahr nach dem Einreichen des Antrags von CDU und UWG-Jül jetzt in einer Mitteilung zur Ratssitzung festgestellt hat, dass es die erwarteten Synergieeffekte gar nicht gibt. „Beide Brücken sind aufgrund der Lage, der Örtlichkeit und der Geometrie als Einzelobjekte zu planen, sodass hier keine Synergieeffekte zu erwarten sind“, heißt es in der Stellungnahme. Schon das ist aus Sicht der Koalition bitter. Und es wird nicht besser. Hinzu kommt, dass die von CDU und UWG-Jül beschlossene Planung von zwei Brücken als Verbundobjekt dazu führen würde, dass der Schwellenwert für eine EU-weite Ausschreibung der Planungsleistungen überschritten wird. Ein derartiges Vergabeverfahren sei deutlich aufwändiger als die separate Vergabe der Planungsleistungen, stellt die Verwaltung dazu fest. Die Planung würde deutlich länger dauern – etwa vier bis sechs Monate – und es seien weitere Kosten zu berücksichtigen. Die wollte die Koalition aber mit ihrem Beschluss ja eigentlich senken. „Da dieses Verfahren gegenüber einer getrennten Angebotsabfrage (...) deutliche Nachteile hat, wird es nicht favorisiert“, schreibt die Verwaltung.

Vor der Tür hatten zuvor knapp 300 Bürgerinnen und Bürger für den zügigen Neubau der wegen Baufälligkeit gesperrten Brücke demonstriert. Sie wollten „Krach machen“, um gehört zu werden, wie Mit-Initiator Winfried Hellmanns deutlich machte. Er erinnerte daran, dass entsprechende Gelder für den Neubau vor der Kommunalwahl eigens in einem Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt wurden. Hellmanns sprach von einer „Nabelspur für die ganze Stadt“, eben weil die Brücke seit über 70 Jahren die Menschen von „links der Rur“, von Kirchberg bis Bourheim und dem neuen Quartier Ölmühle mit der Stadt verbinde und die Brücke von vielen Kindern und Seniorinnen und Senioren genutzt würde.

Wie wichtig die Heckfeldbrücke für die Anwohner auf der anderen Rurseite ist, machte auch Vera Dahmen deutlich: „Mit der Heckfeldbrücke hatten wir einen Weg, der genau das ermöglicht hat, was wir uns für unsere Kinder wünschen: einen sicheren, direkten und vom starken Straßenverkehr getrennten Übergang. Die Heckfeldbrücke war eine Verbindung zwischen Wohngebieten, zwischen Familien, zwischen Kindern und ihren täglichen Zielen.“

Und wie geht es jetzt weiter? CDU und UWG-Jül hatten auf die Frage im Rat keine Antwort parat. Das mag damit zusammenhängen, dass das Thema gar nicht auf der Tagesordnung stand, sondern die Verwaltung lediglich unter dem Punkt „Mitteilungen“ informiert hatte. Katja Böcking von der SPD stellte die Frage zum Ende der Sitzung

dennoch. „Ich habe im Haushalt keine Mittel. Ich kann nicht aktiv werden“, betonte Baudezernent Robert Helgers. Den Ausweg zeigte Bürgermeister Axel Fuchs auf: „Wenn jetzt ein Antrag käme, für die Heckfeldbrücke die Mittel für Infrastrukturmaßnahmen einzusetzen, dann hätten wir das zu befolgen.“